

02. April 2023

## PM zur Umfrage bei Lehrkräften zur Grundschulempfehlung

Im Hinblick auf die äußerst angespannte Lage an den Schulen fordert der Realschullehrerverband schon seit 2012, die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg zum Wohle der Kinder, Eltern und Lehrkräfte endlich wiederherzustellen. Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten in einem leistungsstarken Schulsystem, was stets durchlässig bleibt. Der Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Kindern durch Unterschiedlichkeit und Vielfalt der Schulen gerecht zu werden, bedeutet Bildungsgerechtigkeit und schafft Bildungsqualität.

Die Landesregierung stellt sich nicht den Fehlern der Vergangenheit und vermeidet mit Hinweis auf Koalitionsvereinbarungen jeden sachlichen Diskurs darüber, weil sie es nicht kann oder nicht will oder beides! Immer mehr wissenschaftliche Studien (siehe z.B. \* und \*\*) und nicht zuletzt der Sinkflug Baden-Württembergs in den IQB-Studien zeigen aber auf, wie elementar wichtig die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung in einem (noch) vielfältigen und differenzierten Schulsystem wäre. Mit jeder IQB-Studie seit 2012 rutscht Baden-Württemberg, das ehemalige ‚Musterländle‘ (auch in Sachen Bildung), von ehemals Spitzenplätzen beständig weiter ins untere Mittelfeld und die Bedeutungslosigkeit ab. „Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, vor allem von dieser Tragweite, bedeutete noch nie einen Schritt zurück in die Vergangenheit, sondern den richtigen Schritt in die Zukunft!“ betont die Landesvorsitzende des RLV Karin Broszat.

Unterstützend zum erneuten Gesetzesentwurf der FDP, der im Mai im Landtag behandelt wird, hat der RLV deswegen eine Umfrage unter den Lehrkräften von Realschulen und Gymnasien durchgeführt. Parallel dazu befragte der Philologenverband seine Mitglieder. Reagiert auf die Umfrage des RLV haben auch etliche Lehrkräfte weiterer Schularten, was die Brisanz des Themas an allen Schularten nur bekräftigt. Hierzu die RLV-Vorsitzende Karin Broszat: „Es ist an der Zeit, genau jene zu befragen, die mit den Kindern und Jugendlichen an den Schulen arbeiten, deren Leistungsvermögen kennen und ihre Entwicklung zum jungen Erwachsenen begleiten.“ Und weiter: „Die Entscheidung, die verbindliche Grundschulempfehlung abzuschaffen, war seinerzeit eine rein polit-ideologische und nie eine pädagogische. Lehrkräfte, Eltern und Kinder müssen für diese fatalen Fehlstellung aber tagtäglich und in die Zukunft hineinwirkend büßen. Die Anzahl der durch die Unverbindlichkeit der Schulempfehlung mittlerweile gebrochenen, wenn nicht gar zerbrochenen Schulbiografien ist eklatant. Diese ideologisch fehlleitende Schulpolitik ‚versündigt‘ sich geradezu an ganzen Generationen von Schülerinnen und Schülern und muss ein Ende haben!“

Den Vorschlag aus dem Kultusministerium die Eltern intensiver zu beraten, bezeichnet der RLV als Augenwischerei. Lehrkräfte kommen mit ihrer Beratungstätigkeit an den Schulen ans Ende ihrer Kräfte. Sowohl Grundschullehrkräfte als auch die aufnehmenden weiterführenden Schulen haben Eltern und Kinder im Blick und versuchen seit vielen Jahren bereits nach besten Kräften zu beraten. „Wenn es am Ende aller Beratungen nicht einen verbindlichen Punkt gibt, herrscht Beliebigkeit vor, wie wir sie jetzt erleben. Die Grundschulempfehlung kann ebenso wenig ‚ein bisschen‘ verbindlich sein, wie man ‚ein bisschen‘ schwanger werden kann. Schließlich ist ein Schulwechsel nicht trivial, denn der Verlauf einer Bildungsbiografie hängt entscheidend mit davon ab.“

Vom 15. März 2023 bis 2. April 2023 konnten sich die Lehrkräfte im Land nun in einer absolut anonymen Umfrage zur Grundschulempfehlung äußern. Der Realschullehrerverband hofft, dass die sehr deutlichen Umfragezahlen den Diskurs bei den Verantwortlichen im Landtag, aber auch in Lehrerkollegien, Elternhäusern und Wirtschaftsunternehmen anregen. Auch in der Wirtschaft ist das Problem in Form des Fachkräftemangels schon längst angekommen.

„Wo der gern zitierte ‚freie Elternwille‘ hinsichtlich weiterführender Schulwahl erwiesenermaßen schon längst zur bloßen Beliebigkeit geraten ist, muss verantwortungsbewusste Politik handeln, will sie dem sich stetig verfestigenden Eindruck entgegenstehen, dass sie Parteien- und Postenwohl über Kindeswohl stellt! Die verbindliche Grundschulempfehlung wird nicht alle, jedoch nachweislich offensichtlich erhebliche Probleme im Bildungssystem kostenneutral und ohne teuer aufgelegte Programme lösen können,“ so die Landesvorsitzende abschließend.

Dr. Karin Broszat

02. April 2023

\* Esser, H. / Seuring, J.: Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit. In: Zeitschrift für Soziologie 2020, 49/5-6, S. 277 – 301

\*\* Bach, M. (ZEW Mannheim) / Fischer, M. (WZB Berlin): Mit verbindlichen Grundschulempfehlungen erreichen Grundschüler/innen bessere Leistungen, empfinden aber auch mehr Stress. ZEW policy brief Nr. 01 / März 2021